



**Rebellische Jugend
steht für Frieden und
Völkerfreundschaft**



Pfingstjugendtreffen 2022
Solidarität International



NEWSLETTER

Juli

2022



Liebe SI-Mitglieder! Liebe Leserinnen und Leser!

Ein tolles Pfingstjugendtreffen hat nach schweren Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wieder in begeisternder Atmosphäre stattgefunden. Es stand ganz unter dem Eindruck des nunmehr fast vier Monate währenden Ukraine-Krieges. Vom Zaun gebrochen durch die Putin-Regierung, getrieben von imperialistischen Gebiets- und Machtansprüchen. Die Redewendung „Vom Zaun brechen“ hatte in ihren Anfängen eine friedfertige Bedeutung, meinte sie doch, dass man sich etwas ohne große Mühe beschaffen konnte. Zäune waren nie Mangelware und es war eine Leichtigkeit, einen Stock oder eine Latte aufzutreiben. Aber der russische Überfall auf die Ukraine erweist sich als kein leichtes Spiel. Längst haben sich NATO und EU in den Krieg eingeschaltet, liefern schwere Waffen und erneuern ihre Atomwaffen-Arsenale. Mit inzwischen 800 Militärbasen an der Nahtstelle zu Russland ist großes Bedrohungspotenzial entstanden. Im Windschatten des Ukraine-Krieges greift die Erdogan-Regierung wieder das Kurdengebiet an, um die „Kurdenfrage zu lösen“ - militärisch versteht sich. China rüstet zur Annexion von Taiwan. Allen gleich, dass aufkeimender Protest und Widerstand sofort unterdrückt wird.

Den betroffenen Menschen gilt unsere Solidarität. So auch bei Protesten von friedliebenden Frauen in Russland am internationalen Frauentag: Zahlreiche Friedenskämpferinnen wurden am

8. März verhaftet und mit hohen Geldstrafen belegt. Sie baten SI um Hilfe. Ohne Umschweife richtete SI eine Spendenmöglichkeit dafür ein. Auch für den Hilfsfonds für ukrainische Arbeiter und eine ukrainische Bergarbeitergewerkschaft gingen viele Spenden ein. Die Spendensammlung für die Teilnahme russischer und ukrainischer Kumpel an der 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz entwickelte sich rasant. Gerade bei Gesprächen zu den Spendensammlungen auf der Straße oder vor Betrieben wurde deutlich, dass die Spender*innen den Gedanken der Völkerfreundschaft unterstützen wollen, sich auf keine Seite der kriegsführenden Parteien stellt oder die Waffenlieferungen und Ausbildung ukrainischer Soldaten durch die Bundesregierung unterstützen wollen. Neu gibt es ein Übereinkommen zwischen SI und der Nicht-Regierungs-Organisation „Psychologen ohne Grenzen“ (POG), die weder die Putin- noch die Selenskij-Regierung unterstützen. Die POG haben SI um Unterstützung bei der Sammlung von Windeln, laktosefreier Babynahrung und Hygieneartikel für Frauen nachgefragt. Sie übernehmen selbst den Transport in die Ukraine. Großes Interesse besteht auch an der Zusammenarbeit mit Psychologen und Traumaexperten hier in Deutschland.

Gerne haben wir die Übereinkunft mit den „Psychologen ohne Grenzen“ geschlossen. Auch ihnen geht es um die Selbstbefähigung der Menschen,

über ihr Leben und die Entwicklung der Gesellschaft gemeinsam zu entscheiden. Das ist ebenso Teil des Grundverständnisses von SI. Selbstorganisationen sind praktischer Ausdruck davon, dass die Menschen zur Veränderung mit positiver Perspektive fähig sind und sich dazu Organisationen schaffen, die sie für ihren Kampf um Selbstbefreiung brauchen – international und hierzulande. Das schließt die Auseinandersetzung und Offenheit für eine sozialistische Perspektive ein und stellt sich gegen antikommunistische Ausgrenzungen und Denkverbote.

Interessant war eine Frage an SI im Interview mit der Zeitung „junge welt“ vom 1. Juni 22:

Sind junge Menschen anfälliger für Ideologien, die ihnen als große Lösung verkauft werden?

Wir sagen: Nichts in dieser Gesellschaft ist »ideologiefrei«. SI steht auf dem Standpunkt, dass klar genannt werden soll, welche Ideologie man vertritt. Beim Pfingstjugendtreffen setzen wir uns dafür ein, dass die Jugend in der Lage ist, eine Welt zu gestalten, in der nicht die Erzielung von Maximalprofit und der damit zwangsläufig einhergehende Ruin von Mensch und Natur im Mittelpunkt steht, sondern das friedliche Zusammenleben der Völker. Auch jetzt in dieser kritischen Situation.

Eure Redaktion



Termine der Bundesvertretung für das Jahr 2022

BV-SITZUNGEN:

16./17.07.2022 Duisburg

26./27.11.2022 Braunschweig

GEST-SITZUNGEN:

28.08.2022 Duisburg

06.11.2022 Schwäbisch Hall/Mainhardt

REGIONALTREFFEN:

15.10. oder 16.10. 2022

WEITERE TERMINE:

15.09.2022 Redaktionsschluss Newsletter 4/2022

03.09. – 10.09.2022 Weltfrauenkonferenz in Tunis

BERICHT ÜBER DIE SPENDENEINGÄNGE BIS ZUM 14.06.2022

Spenden Rojava:

Rojava - Medizin (seit 1/2015)

EINGANG:	246.072,68 €
Übergeben:	245.307,66 €
Noch zur Übergabe:	765,02 €
Eingang 2022:	3.434,67 €

Kobanê Ökologischer Wiederaufbau

(seit 9/2015)

EINGANG:	147.095,67 €
übergeben:	143.349,71 €
noch zur Übergabe:	3.745,96 €
Eingang 2022:	0,00 €

Insgesamt Rojava:

EINGANG:	659.733,76 €
Übergeben:	655.222,78 €
(inkl. der geschlossenen Stichwörter Film Kobanê, Wiederaufbau, Brigaden, Rojava, Kobanê Hand in Hand, Kobanê Soli Ruhr, Efrin, Gesundheitszentrum)	

weitere Spendenziele:

Anreise ICOR

EINGANG:	206.388,40 €
Übergeben:	111.677,40 €
Noch zur Übergabe:	94.711,00 €
Eingang 2022:	3.816,50 €

Hilfsfonds Arbeiterkämpfe

EINGANG:	12.152,85 €
Übergeben:	7.000,00 €
noch zur Übergabe:	5.152,85 €
Eingang 2022:	150,00 €

Dem. Rechte Flüchtl. Alassa/ Freundeskreis Flüchtlingsolidarität (seit 05/2018)

Eingang:	25.990,19 €
übergeben:	16.260,86 €
noch zur Übergabe:	9.729,33 €
Eingang 2022:	886,13 €

Dem. Rechte Flüchtl. Prozesse+ EUGH (seit 06/2020)

Eingang:	7.656,23 €
Übergeben:	6.013,80 €
noch zu Übergabe:	1.642,43 €
Eingang 2022 €:	800,00 €

Moria/Lesbos (seit 01.04.20)

Eingang:	139.837,26 €
Übergeben:	139.133,98 €
noch zu Übergabe:	703,28 €
Eingang 2022:	3.344,96 €

Hilfsfonds dem. Rechte Asyl

EINGANG:	8.842,63 €
Übergeben:	8.842,63 €
noch zur Übergabe:	0,00 €

Gewerkschafterinnen Textil

Bangladesch (seit 11/2017)

EINGANG:	10.784,29 €
Übergeben:	9.058,18 €
noch zur Übergabe:	1.726,11 €
Eingang 2022:	1.521,11 €

Das Haus der Solidarität

(seit 8/2015)

EINGANG:	118.869,81 €
Übergeben:	115.477,42 €
Noch zur Übergabe:	3.392,39 €
Eingang 2022:	1.950,00 €

Ngenyi / Kongo

EINGANG:	93.148,81 €
Übergeben:	91.547,05 €
noch zur Übergabe:	1.601,76 €
Eingang 2022:	1.565,18 €

Elfenbeinküste/Maniokprojekt (seit 06/2019)

Eingang:	6.502,61 €
Übergeben:	4.197,00 €
Noch zur Übergabe:	2.305,61 €
Eingang 2022:	942,61 €

Reha Jenin/Al Jaleel

Society

EINGANG:	10.987,36 €
Übergeben:	9.841,47 €
noch zur Übergabe:	1.145,99 €
Eingang 2022:	845,52 €

Canto Vivo/Planta Monte

Eingang:	7.813,11 €
Übergeben:	6.743,06 €
Noch zur Übergabe:	1.070,05 €
Eingang 2022:	754,90 €

Huertos Solidarios (seit 07/2020)

Eingang:	7.170,60 €
übergeben:	5.306,70 €
noch zur Übergabe:	1.863,90 €
Eingang 2022:	1.000,35 €

Homepage (seit 07/2020)

Eingang:	2.841,70 €
Eingang 2022:	30,00 €

Indonesien (seit 02/2011)

Incl. Suppenküche	
Eingang:	26.846,01 €
Übergeben:	26.867,11 €
noch zu übergeben:	-21,10 €
Eingang 2022:	1.439,00 €

3. intern. Bergarbeiterkonferenz

Eingang:	5.708,34 €
Übergeben:	389,00 €
Noch zu übergeben:	5.319,34 €
Eingang 2022:	2.271,93 €

Weltfrauenkonferenz

Eingang:	1.659,88 €
Übergeben:	1.611,20 €
Noch zu übergeben:	48,68 €
Eingang 2022:	126,80 €

Marikana – Smiling Valley

incl. Flutopfer

Eingang:	2.601,00 €
Übergeben:	2.276,00 €
Noch zu übergeben:	325,00 €
Eingang 2022:	1.445,00 €

Hilfsfonds Ukraine (seit 3/2022)

Eingang:	41.995,73 €
Übergeben:	41.024,18 €
Noch zu übergeben:	971,55 €

Inzwischen geschlossene Spendenziele:

Anreise rus. + ukr. Kumpels zu IMC

(seit 3/2022)

Eingang:	5.220,77 €
Übergeben:	0,00 €
Noch zu übergeben:	5.220,77 €

Russische Friedenskämpfer

(seit 4/2022)

Eingang:	5.276,51 €
Übergeben:	400,00 €
Noch zu übergeben:	4.876,51 €

Krankenhaus Shengal (seit 12/2021)

Eingang:	18.060,20 €
Übergeben:	18.060,20 €
Noch zu übergeben:	0,00 €
Eingang 2022:	12.495,20 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten: Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns noch nicht bekannt).

Die Bescheinigungen werden immer im Februar/März des Folgejahres ab der Summe von 100,00 € verschickt. Für Beiträge/Spenden unter diesem Betrag genügt es, wenn ihr den Bankauszug der Steuererklärung beilegt.

Eure SI-Kasse



19. MAI IN PASSAU

Über 100 Flüchtlinge v. a. aus Sierra Leone und viele Unterstützer haben von „Seebrücke“ organisiert, am 19. Mai ihren Protest in Passau auf die Straße getragen.

Die Bevölkerung in Passau - viele in Straßencafés - war sehr interessiert, meist freundlich und zum Teil überrascht über den Protest. Die Flüchtlinge haben Flugblätter verteilt und mit den Leuten gesprochen:

„Wir möchten auf die Situation, in der viele von uns seit fünf und mehr Jahren leben, aufmerksam machen. Viele von uns leben in Passau und dem Landkreis. Mit dem Status der „Duldung“ erfahren wir, dass wir von der Gesellschaft ausgeschlossen und diskriminiert werden: Isoliert in der Unterkunft und durch Arbeits- und Ausbildungsverbote werden wir zu Untätigkeit gezwungen. Wir möchten Teil der Gesellschaft sein und für unseren Lebensunterhalt selbst

sorgen können. Heute wollen wir auch auf die Behandlung aufmerksam machen, die wir im Gegensatz zu anderen Regierungsbezirken in Niederbayern durch die zuständigen Ausländerbehörden erfahren.“

Seit Oktober organisieren die Flüchtlinge in München ein Protestcamp, was sehr viel Solidarität aus der Bevölkerung erfährt. Besonders empörend ist, dass die Ausländerbehörden die Vorlage eines Reisepasses fordern. Aber es ist bekannt, dass die sierra-leonische Botschaft in Berlin keine Reisepässe ausstellt. Die Flüchtlinge müssten zurück in ihr Heimatland!

Auch Vertreter von Solidarität International und vom Freundeskreis Flüchtlingssolidarität waren mit ihrer Fahne dabei. Sie trugen die Resolution des Freundeskreis vor vom Anfang Mai, die nach wie vor aktuell ist: (Auszug)

„... Hunderttausende sind jetzt aus der Ukraine auf der Flucht. Viele kommen nach Deutschland – wir heißen sie herzlich willkommen! ...Wir freuen uns, dass die neuen Flüchtlinge sofort Arbeitserlaubnis, ein »unbürokratisch zu verlängerndes Aufenthaltsrecht für 90 Tage« unter Verzicht auf die Dublin-Abkommen, ... bekommen. Gut so. ... Allerdings fragen wir uns: Warum mussten und müssen Flüchtlinge aus Afrika, aus Asien, aus dem Mittleren Osten um all das jahrelang kämpfen? Oftmals immer noch ohne Erfolg? ... Nein zur Spaltung in Menschen erster und zweiter Klasse, nach Hautfarbe, Herkunft oder Religion! Gemeinsam für das Recht auf Flucht und gleiche Rechte für alle demokratischen Flüchtlinge! Fester Zusammenhalt aller in Deutschland lebenden Menschen, egal ob Flüchtling oder »Einheimischer«!“

von Gabi/München

OFFENER BRIEF DES SIERRA-LEONE-PROTESTCAMPS

An den Bayerischen Staatsminister des Innern, für Sport und Integration
Herr Joachim Herrmann

Sehr geehrter Herr Integrationsminister Herrmann, wir - das sierra-leonische Protestcamp und unterstützende Organisationen und Einzelpersonen - wenden uns an Sie mit der Bitte um Gehör für unser Anliegen.

Seit dem 18. Oktober 2021 besteht das Sierra-Leone-Protestcamp in Form einer Dauerkundgebung in München.

Die Forderungen sind:

- Bleibeperspektiven für geduldete Geflüchtete
- Abschaffung von Arbeits- und Ausbittungsverboten
- Stopp der Abschiebungen nach Sierra Leone

Ein Großteil der Protestierenden lebt seit vielen Jahren in Bayern. Sie sind aktiv in Vereinen, haben Arbeits- und Ausbildungsplätze gefunden, besuchen deutsche Schulen. Trotzdem wird ihnen oftmals die Möglichkeit verwehrt zu arbeiten und sich zu integrieren. Zahlreiche Geflüchtete werden so zur Untätigkeit ohne Zukunftsperspektive gezwungen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht einige Änderungen vor, die Perspektiven für geduldete Geflüchtete öffnen.

Auch Kardinal Marx nannte bei einem Besuch am Protestcamp am 7. April 2022 den „Spurenwechsel“ des Koalitionsvertrags eine „gute Idee“.

Die überwältigende Unterstützung für ukrainische Geflüchtete zeigt:

Ein Spurenwechsel für eine humanere Geflüchtetenpolitik ist auch im aktuellen gesetzlichen Rahmen in Bayern möglich!

Bestehende Handlungs- und Ermessensspielräume können genutzt werden:

■ Passlosigkeit und Mitwirkungspflicht

Zur Klärung der Identität wird von Ausländerbehörden die Vorlage eines Reisepasses gefordert. Die Beschaffung von sierra-leonischen Reisepässen ist in Deutschland jedoch nicht möglich: Die sierra-leonische Botschaft in Berlin stellt keine Reisepässe aus. In Sierra Leone werden Pässe nur bei persönlicher Anwesenheit ausgestellt, Vertretung wird nicht akzeptiert.

Diese Informationen liegen auch dem Landesamt für Asyl und Rückführung vor, wie aus aktuellen Gerichtsurteilen zu Strafverfahren wegen Passlosigkeit hervorgeht.

Folgen sind die Nicht-Erteilung der Arbeits- und Ausbildungsurlaubnis sowie Leistungskürzungen und Aufenthaltbeschränkungen. Die Fahrt aus abgelegenen Unterkünften zu Beratungsstellen und psychosozialer

Unterstützung wird so verunmöglicht. Dies erschwert den Betroffenen die Teilhabe an der Gesellschaft und verringert Chancen auf eine Bleibeperspektive.

Die zuständigen Ausländerbehörden können die Passlosigkeit der Betroffenen innerhalb des Ermessensspielraums angesichts der bestehenden Faktenlage anders bewerten und Entscheidungen im Sinne der Betroffenen treffen.

■ Erteilung von Ausbildungs- und Arbeitserlaubnissen

Den Betroffenen wird die Arbeits- oder Ausbildungsurlaubnis verweigert. Die Ausländerbehörden entscheiden sich aufgrund fehlender Passdokumente oftmals gegen die Erteilung der Erlaubnis. Viele Betroffene hätten die Möglichkeit, eine Berufsausbildung hier zu beginnen oder von ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern, dürfen aber nicht. Statt dessen wurden sie die letzten Jahre in Abhängigkeit zu Sozialleistungen gehalten.

Angesichts von Fachkräftemangel und offenen Ausbildungsstellen ist dieses Vorgehen auch aus ökonomischer Sicht unverständlich. Bleibeperspektiven durch Ausbildung und Integration werden den Betroffenen dadurch verwehrt.

■ Verzicht auf die Nachholung des Visumverfahrens für Ausbildungsurlaubnis und zur Familienzusammenführung

Geflüchtete, die eine Ausbildungsurlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen beantragen, werden vielfach aufgefordert auszureisen, um ein Visumverfahren nachzuholen.

In Sierra Leone werden keine deutschen Visa ausgestellt. Deshalb müssen Betroffene für das Visumverfahren nach Ghana reisen.

Für Familien bedeutet das zum Beispiel, dass eine Mutter mit neugeborenem Kind für unbestimmte Zeit und ohne Gewissheit auf Rückkehr vom Vater des Kindes getrennt ist. Ohne familiäre Anbindung und örtliche Kenntnisse wird das Visumverfahren finanziell unerschwinglich und unberechenbar.

Die Trennung der Familien widerspricht dem im Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie. Auch die bayerischen Betriebe benötigen Planungssicherheit bei der Zusage von Ausbildungs- und Arbeitsverträgen.

Die Menschen aus Sierra Leone möchten arbeiten, einen Teil zur Gesellschaft beitragen und sich integrieren. Wir bitten Sie, sich an ihre Seite zu stellen.

Über eine Rückmeldung und ein Gespräch mit Ihnen würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Das Sierra-Leone-Protestcamp

1. MAI INTERNATIONALES FEST IN BRAUNSCHWEIG - PROTEST GEGEN UKRAINEKRIEG



Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause konnten wir dieses Jahr wieder am internationalen Fest vom DGB zum 1. Mai teilnehmen. Zuerst fand die Maikundgebung statt unter dem Motto „geMAInsam Zukunft gestalten“, im Anschluss gab es eine Demonstration durch die Innenstadt zum Bürgerpark, wo das Fest stattgefunden hat. Alle Gewerkschaften und eine Vielzahl von Vereinen, Parteien, Initiativen, etc. haben ihre Stände hier aufgebaut.

Unser Stand lockte dieses Jahr mit selbstgebackenem Kuchen, Pflänzchen gegen Spende (nach dem Beispiel

der Ortsgruppe Schwäbisch Hall), Kunsthandwerk und natürlich den SI-Newslettern, SI-T-Shirts, u.v.m.

Viele der Besucher des Festes interessierten sich für die beiden Initiativen von SI, für die wir die Einnahmen des Standes spendeten. Das erste, die "Unterstützung Reisekosten von Bergarbeitern aus Russland und der Ukraine zur 3. Bergarbeiterkonferenz" (2023 in Thüringen) dient zur Unterstützung des Widerstands in der Ukraine und Russland gegen den Krieg. Und der Nothilfefond des "Koordinierungsrats der Arbeiterbewegung der Ukraine" verteilt die

Spenden an die betroffene Bevölkerung vor Ort, die durch den Krieg ihr Einkommen verloren hat und dadurch nicht wissen, wovon sie leben sollen. Diese beiden Projekte stellten wir auf unserem Aufsteller vor. Auf der SI-Website gibt es Artikel auf Deutsch und Ukrainisch, die wir im Vorfeld ausgedruckt haben, damit wir, wenn wir Menschen treffen, die nur Ukrainisch sprechen, unsere Ideen vermitteln können. In der Tat kamen zu uns zwei junge Flüchtlingsfrauen, die sich die Artikel durchgelesen haben und sich bei uns bedankt haben, dass wir uns für diese Hilfe einsetzen.

OSTERMARSCH IN DUISBURG



Darüber hinaus sammelten wir auch Unterschriften für den Aufbau einer neuen Friedensbewegung, die sich gegen jeden imperialistischen Krieg richtet, also auch gegen das kriegerische Eingreifen der EU/NATO/USA. Diese Sammlung entstand auf Initiative vom Internationalistischen Bündnis, an dem sich Solidarität International beteiligt.

Schön war, dass sich viele unserer Mitglieder an dem Stand beteiligten und Kaffee und Kuchen spendeten. Viele halfen auch durch die Spende von selbstgezüchteten Pflanzen. Für die beiden Spendenziele kamen 230,52 € Spende zusammen.



173,32 Euro für die russischen Friedenskämpfer waren ein gutes Ergebnis für unseren Einsatz auf dem Ostermarsch Ruhr am Ostersonntag in Duisburg. Das ist ein praktischer Schritt zur Unterstützung des Widerstandes gegen Putin im eigenen Land, und damit ein Schritt zum Frieden. Viele Ostermarschierer fanden das richtig, einige haben sich auch für die notwendige neue Friedensbewegung eingetragen. Einen Eklat gab es bei der kurzen Demonstration, als ein aufgeetzter Ordner des örtlichen Friedensforums die Lautsprecheranlage für das offene Mikrofon des Internationalistischen Bündnisses umkippen wollte. Dabei wurden hier wichtige Beiträge gegen den von beiden Seiten ungerechten Ukraine- Krieg und

gegen die Unterstützung der einen oder anderen Seite durch Waffenlieferungen und so weiter gehalten. Auch Solidarität international konnte dort für die Spendensammlung für die russischen Friedenskämpfer werben.

Diese Beiträge waren zuvor von der Auftaktkundgebung durch das Friedensforum ausgeschlossen worden. Wir werden von Solidarität International aus, das Internationalistische Bündnis unterstützen, diesen Widerspruch mit dem örtlichen Friedensforum zu klären und am Recht auf eigenständiges Auftreten jeder an der Aktionseinheit beteiligten Organisation festhalten.

Bärbel, Duisburg



SOLIDARITÄT INTERNATIONAL



VFI
Verein zur Förderung der Infrastruktur
in der Demokratischen Republik Kongo e.V.

Das Ngenyi-Volksbildungs-Zentrum im Kongo braucht sein Gästehaus!

Spenden Sie/ Spendet für den Wiederaufbau!

+++
**DRINGEND
URGENT**
+++

Was ist das Ngenyi-Zentrum?

Ngenyi heißt auf Tshiluba „Wissen“. Das Ngenyi-Zentrum liegt im Herzen des Kongo, einem wunderschönen Land, das fruchtbar und reich an wertvollen Bodenschätzen ist. Die neokoloniale Ausplünderung hat es jedoch zu einem der am meisten zerstörtesten Länder Afrikas gemacht. Unser Partnerverein Ngenyi asbl stellt unter Beweis, wie auch unter sehr schwierigen Bedingungen Entwicklung möglich ist. Im Kampf gegen Resignation und fehlendes Selbstvertrauen baut er ein Zentrum auf:

- zur Bildung und Ausbildung
- wo Menschen lernen, zu kooperieren, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften
- für einfache Gesundheitsprävention
- und ganz wichtig: Kultur, die den Zusammenhalt fördert. Und das unterstützen wir.

Ein schwerer Schlag!

Ansichts der schlechten Straßen, fehlender Infrastruktur und weil es früh dunkel wird, sind **mehrtägige Kurse** sinnvoll. Dafür wird als **drittes Gebäude ein Gästehaus** mit Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen. Der Rohbau aus 15.000 selbst gefertigten Lehmziegeln war bereits fertig, als sinftartige Regenfälle und Stürme, sowie ein leichtes Erdbeben kamen. Die Konstruktion hielt dem nicht stand; und es stellte sich heraus, dass es auch Konstruktionsmängel gab. **Jetzt muss das Gebäude auf dem vorhandenen Fundament zum großen Teil neu gebaut werden.**

Die Freunde vor Ort geben aber nicht auf. Und wir wollen das unterstützen. Mit enger fachlicher Begleitung und mit Spenden.

Was schon erreicht wurde:

Es wurde ein Gebäude errichtet, überwiegend zur **Vorrats- und Materialaufbewahrung** mit einer Solaranlage auf dem Dach. Außerdem wurde ein **160 m² großer Saal** gebaut.

Es gibt bereits für die **Jugend Sport** (vor allem Fußball) und **Hausaufgabenhilfe, Frauen und Mädchen erhalten Ausbildung in Hygiene-fragen. Manjok und Gemüse** werden angebaut. Für alle gibt es Beratungen zur **effektiven Landwirtschaft**.

Dafür starten wir eine besondere **Spenden-Initiative**. Jeder gespendete Euro geht direkt an das Projekt.

Ziel sind 20.000 €. Helfen Sie mit/Hilf mit!

SPENDEN-KONTEN:

VFI Kongo e.V. | DE25 4205 0001 0130 0642 89

SI e.V. | DE86 5019 0000 6100 8005 84

Sichwort „Kongo“

Bei Angabe der Adresse stellen wir gern eine Bescheinigung für das Finanzamt aus.



15.000 selbst gefertigte Lehmziegel für das Gästehaus



der weitgehend zerstörte Rohbau des Gästehauses



Frauen bei der Gesundheitsberatung



Sommerschule im Ngenyi-Saal



Maisanbau im Zentrum



Jugendsport



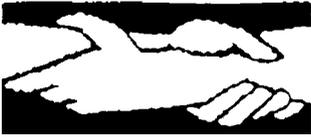
fruchtbare Landschaft

RENATE MAST UND ELSBETH SUREAU VOM VFI-VORSTAND

Flyer zum Ngenyi-Zentrum und Postkarten für die besondere Spendeninitiative

können hier bestellt werden: renate-mast@gmx.de | www.vfi-kongo.org

www.vfi-kongo.org



AUFTAKT FÜR EINE NEUE FRIEDENSBEWEGUNG MITTEN IM RUHRGEBIET – DIE DEUTSCH-PHILIPPINISCHEN FREUNDE WAREN DABEI

Weit über tausend Menschen, unter anderem waren wir als DPF auch vertreten, sorgten heute in Gelsenkirchen für einen einzigartigen kämpferischen Auftritt einer neuen Friedensbewegung, die sich gegen „Pest und Cholera“ richtet, gegen den russischen Überfall auf die Ukraine genauso wie gegen die aggressive Expansion der NATO.

Mit großem Jubel wurde der Zug am Ort der Abschlusskundgebung schließlich von den dort schon anwesenden Aktiven begrüßt. Auf der Abschlusskundgebung beteiligten sich rund 1500 Menschen.

Für die sechs deutschen Revolutionäre wurden Gedenksteine eingeweiht. Karl Marx wird im Sommer folgen.



Bei schönstem Wetter gab es auch ein kleines Wiedersehen mit einigen DPF Mitglieder, was total schön war.



**69-jährige
Umweltschützerin
und Verfechterin der
Rechte des Indigenen
Völkerrechts
verhaftet**

Am 11. Juni, dem Vorabend des philippinischen Unabhängigkeitstages, wurde die 69-jährige Umweltaktivistin und Verfechterin der Rechte indigener Völker (IP) Daisy Macapanpan von der philippinischen Nationalpolizei in Infanta, Quezon, gewaltsam verhaftet. Die Polizei verwendete einen Haftbefehl, auf dem lediglich Aliasnamen angegeben waren. Die Verhaftung erfolgte, nachdem sie eine Anhörung von Anwohnern zum Bau des Ahunan-Wasserkraftwerksprojekts geleitet hatte, das

von den Einheimischen wegen der damit verbundenen Umweltzerstörung vehement abgelehnt wird. (...)

Daisy ist eine lautstarke Kritikerin von verschiedenen Projekten, die die

Umwelt bedrohen. Sie war Mitbegründerin von Protect Sierra-Madre, einem Bündnis, das für den Schutz des Sierra Madre-Gebirges und das Recht der indigenen Völker auf ihr angestammtes Gebiet kämpft. (...)

FAHRRADDEMO GEGEN DAMMPROJEKTE

Am 17.4.22 protestierten FahrradfahrerInnen gegen die Apayao Dammprojekte. Die Aktion wurde von der Jugendorganisation Takder organisiert und war Bestandteil der Vorbereitung auf den 38. Cordillera-Tag am 24.4.22.

U. a. plant die Pan Pazifik Erneuerbare Energie Philippinen Gesellschaft einen 60 Meter hohen Damm entlang des Apayao-Abulong Flusses zu errichten. Der Damm würde 898 Haushalte in acht Gemeinden von Kabugao und 42 Häuser in der Stadt Pudtol überfluten, wodurch mehr als 4600 Menschen vertrieben würden. Auch die Artenvielfalt in Apayao würde beeinträchtigt. In den Gebieten

**Spendet für die politischen Gefangen in den Philippinen! Werdet Dauerspender!
Wenn ihr Brieffreunde für die politischen Gefangenen werden wollt, meldet Euch beim Vorstand.**

Infos und Kontakt: DPF e.V. Kölner Straße 355 – 40227 Düsseldorf • Tel. 0211/771610
www.dp-freunde.de • EMail : vorstand@dp-freunde.de
Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE3333

EIN GESPRÄCH MIT DREI AFGHANISCHEN FRAUEN

Darf ich über euch schreiben, frage ich drei Frauen vom „Verein Afghanische Frauen in Stuttgart e.V.“ Ja, meinen sie, über ihren Verein, den sie 2020 gegründet haben. Der Verein unterstützt Flüchtlinge aus Afghanistan. Sie helfen den Frauen bei Behördengängen, bei Schwierigkeiten im Flüchtlingswohnheim, bei der Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche sowie bei allen Fragen des täglichen Lebens. Sie fördern die Integration und interkulturelle Projekte, feiern gemeinsam traditionelle Feste - so Nouruz - und machen kulturelle Veranstaltungen oder Spendenaktionen. Im letzten Jahr führten sie mehrere Kundgebungen für Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan durch, beteiligten sich am 8. März am Frauentag, am Tag gegen Gewalt gegen Frauen ... Und sie unterstützen in Afghanistan zwei Schulklassen für Mädchen.

Habt ihr Forderungen an den deutschen Staat, frage ich. Maryam Qa, Vorsitzende des Vereins, hofft auf die Reise grünen Außenministerin Annalena Baerbock nach Pakistan und auf ihre Zusage, afghanischen Flüchtlingen, die sich in Pakistan befinden, die Ausreise nach Deutschland zu ermöglichen. Und sie findet es sehr wichtig, dass auch die Journalist/innen und Ortskräfte, Fachkräfte, Dolmetscher/innen... die sich jetzt noch in Afghanistan befinden, in Sicherheit gebracht werden und ausreisen dürfen.

Mu*, eine junge Frau, die gerade ihre Prüfung als Bürokauffrau ablegt, meint: Hier in Deutschland gibt man uns viel: Unterkunft, Ernährung, Deutschkurse Es besteht die Möglichkeit, ein neues Leben aufzubauen. Wir wollen aber nicht nur nehmen, wir haben auch Pflichten. Wir wollen etwas zurückgeben und ein guter Teil der deutschen Gesellschaft sein. Das heißt auch, auf eigenen Beinen zu



stehen, den Lebensunterhalt selbst zu verdienen und sich gut zu integrieren. Es ist ein Glück, irgendwo zu leben, wo man sein eigenes Leben frei gestalten kann. In Afghanistan wäre das auch möglich gewesen, wenn von außen niemand in unser Land gekommen wäre.

Ich denke, hier zeigt sich, dass Menschen, die fliehen, nicht nur „absahnen“, „uns auf der Tasche liegen wollen“, wie oft gehetzt wird, sondern dass wir froh sein können, so motivierte und aufgeschlossene Menschen in Deutschland begrüßen und aufnehmen zu dürfen.

H*, eine weitere afghanische Frau beginnt, von ihrer Flucht nach Deutschland zu erzählen. Sie floh 2018 und war mehr als 2 ½ Jahre unterwegs, kam über Iran, Griechenland, Serbien, Ungarn nach Deutschland. Iran hat kein menschliches Verständnis sagt sie, die afghanischen Flüchtlinge werden geschlagen, dürfen nicht arbeiten, die Kinder nicht zur Schule. Sie

selbst hat dort schwarz gearbeitet als Friseurin. Ihr Arbeitgeber hat dabei 75% ihrer Einnahmen für sich behalten. Es blieb nur noch sehr wenig Geld zum Leben. Viele Flüchtlinge im Iran trauen sich nicht aus dem Haus, aus Angst wieder abgeschoben zu werden. Glücklicherweise gibt es manchmal Nachbarn, die ihnen helfen und zum Beispiel Essen bringen. Aber nicht nur Iran, auch die Türkei berichtet sie, habe gerade eben wieder 500 Flüchtlinge nach Afghanistan abgeschoben.

Nachdem sie es endlich geschafft hatten, nach Serbien zu kommen, wurden sie dort von der Polizei aufgegriffen und in eine Unterkunft gebracht, wo sie neun Monate lang auf engstem Raum mit vier weiteren Familien leben mussten. Sie durften den Hof des Hauses nicht verlassen und mussten immer anmelden, wenn sie etwas brauchten. Eines Tages wurden sie abgeholt, in Handschellen in ein Auto gesetzt, aus dem man nicht heraussehen konnte und landeten schließlich in Ungarn in einer Gefängniszelle, wo sie wiederum eingesperrt waren. Der kleine Sohn entwickelte psychische Störungen und begann sich selbst zu beißen, sie selbst konnte nachts nicht mehr schlafen. Man gab ihr Schlaftabletten, die sie aber nicht mehr nehmen wollte, weil sie schwanger war. Dann kamen heftige Unterleibsschmerzen, doch ärztliche Behandlung wurde ihr nicht gewährt. Erst als die Schmerzen unerträglich wurden, brachte man sie in ein Krankenhaus, wo sie unter traumatisierenden und erschütternden Bedingungen eine Fehlgeburt erlitt. Ein Erlebnis, von dem sie sich bis heute nicht lösen kann. Und weint auch jetzt bei der Erinnerung. Einer UN-Hilfsorganisation, die damals vor Ort war, berichtete sie über ihre Erlebnisse. Es wurde ihnen die Fahrt nach Deutschland ermöglicht.

Am Ende des Gesprächs wird mir noch einmal klar, wie wichtig es ist, dass die Frauen diesen Verein gegründet haben, der auch ein Ort ist, wo sie nach all ihren Erfahrungen in der Gemeinschaft aufgefangen, gestärkt und unterstützt werden.

Und ich meine, dass wir nicht nur in diesen Rahmen, sondern weltumspannend uns gegenseitig kennenlernen, informieren

und helfen sollten. Die Weltfrauenkonferenz in Tunesien 2022 ist eine hervorragende Möglichkeit, dass sich Frauen aus der ganzen Welt treffen können und in Austausch kommen. Sorgen wir dafür, dass möglichst viele Frauen aus vielen Ländern die Chance haben, dort hinzukommen.

Susanne, SI Stuttgart

*Namen sind der Redaktion bekannt. Wer Kontakt aufnehmen oder den Verein unterstützen möchte, wende sich bitte an folgende Adresse: SolidaritaetInternational Stuttgart@gmx.de

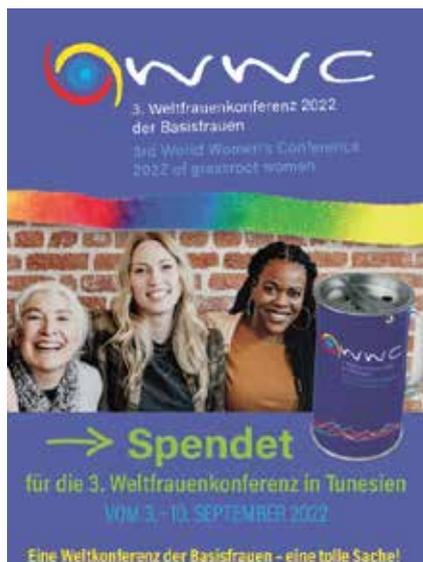
Hängen wir an die bisher geplanten 10.000 Euro
noch eine 0 !

SPENDET FÜR DIE 3. WELTFRAUENKONFERENZ IN TUNESIEN VOM 3. BIS 10. SEPTEMBER 2022

In Tunesien arbeitet das Frauenkomitee Latifa Taamallah zusammen mit Vertreterinnen wichtiger Organisationen, Gewerkschaften und Jugendverbänden mit voller Kraft und großer Freude an der Vorbereitung der Konferenz: „Wir sind stolz, die Frauen der Welt in Tunis zu begrüßen“. Damit diese Konferenz aber tatsächlich zu einem Erfolg wird, müssen auch viele Vertreterinnen aus Basisorganisationen kommen können.

Frauen sind eine der entscheidenden treibenden Kräfte sozialer Bewegungen und revolutionärer Kämpfe unserer Zeit. ...

Deswegen ist es wichtig, dass sie international zusammenkommen können: Näherinnen aus Bangladesch, Bäuerinnen aus Uganda, Aktivistinnen von den Philippinen, aus Kurdistan oder Nepal, Umweltkämpferinnen aus den USA, Lehrerinnen aus Lateinamerika, Arbeiterinnen aus Deutschland, Pflegekräfte aus Holland, Flüchtlingsfrauen aus Syrien, Nigeria, Afghanistan und viele mehr. Sie können ihre Anliegen, ihre Kämpfe, ihre Erfolge und Niederlagen diskutieren, Ursachen herausfinden und Visionen entwickeln, wie der weltweit gestiegenen Armut und Unterdrückung ein Ende gesetzt werden kann.



Dies ist umso dringlicher und wichtiger in einer Zeit, die die Menschheit vor gewaltige Herausforderung stellt. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und der aggressiven, kriegstreibenden Politik der NATO, USA und EU hat sich mitten in Europa die akute Gefahr eines 3. Weltkrieges herausgebildet. Dies zusätzlich zu einer seit Jahren anhaltenden Pandemie und einer sich weltweit vertiefenden Wirtschaftskrise. Die Vorboten der drohenden Klimakatastrophe wie jahrelange Dürren, Zunahme von heftigen Unwettern

vernichten jetzt schon in gewaltigem Umfang die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und sorgen für Hungerkatastrophen. Erwartet werden in den nächsten Jahren eine immense Steigerung von Flüchtlingsströmen von derzeit 100 Millionen auf 240 Millionen.

Die Weltfrauenkonferenz zum Erfolg zu machen, bedeutet konkret einerseits noch Partnerschaften für Frauen aus anderen Ländern zu übernehmen, aber auch die finanziellen Mittel zu haben, um Reisekosten, Unterkunft, Essen, Übersetzungsanlagen, Werbematerial und vieles mehr zu finanzieren. Hier fehlt noch einiges. Deshalb bitten wir euch, die Konferenz mit eurer Spende zu unterstützen. Hängen wir an den bisher viel zu niedrig angesetzten Betrag von 10.000 Euro noch eine 0 an, meinte eine Teilnehmerin auf dem nationalen Vorbereitungstreffen in Gelsenkirchen am 7. Juni.

Spendenkonto bei der Frankfurter Volksbank:
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84
BIC: FFVBDEFF
Stichwort: Weltfrauenkonferenz

Susanne, Stuttgart

ÜSOLIGENIAL

Überparteiliche Solidarität gegen Sozialabbau

Liebe Freundinnen und Freunde des Freundeskreis Flüchtlingsolidarität in SI,

Mitglieder von Üsoligenial Heidelberg Rhein Neckar e. V. haben den Prozess von Alassa gegen die Landesregierung Baden Württemberg im Zusammenhang mit dem brutalen Überfall von hunderten von Polizisten auf das Erstaufnahme-Lager von Flüchtlingen in Ellwangen, vor dem Verwaltungsgericht in Mannheim verfolgt. Wir freuen uns mit Euch auf den Teilerfolg, wo es um wichtige Grundrechte für die Geflüchteten geht.

Das hat uns zu der Überlegung gebracht am 1. Mai bei der DGB Kundgebung in Heidelberg über den Prozess mit einem Flugblatt zu berichten

und den von uns traditionellen Kaffee und Kuchenverkauf Euch als Spende zukommen zu lassen. Es sind netto 305,- € zusammengekommen.

Es haben viele auch das Pfand für den Becher gespendet. Das werden wir auf das SI Konto überweisen. Unser gemeinnütziger Verein besteht bereits seit 2006 gegen die Hartz- Gesetze und einer unserer Slogans heißt „Ursachen bekämpfen nicht Hartz4-Empfänger und Flüchtlinge“ Wir sind auch Teil der Montagsdemo Heidelberg und dem Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung. Das heißt zusammen mit den Geflüchteten gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen „selbst aktiv werden“. Aus aktuellem Anlass haben wir auch über den Ukraine-Krieg informiert und für eine Neue Friedensbewe-

gung geworben die alle Kriegstreiber ins Visier nimmt und gegen den 100 Mrd. Kredit der Bundesregierung für die Bundeswehr, der aus unser Sicht vor allem in soziales und Umweltschutz investiert werden muss. Wir wissen, dass dies nur erfolgreich mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit internationalem Blick geht, deshalb arbeiten viele von uns auch in den Gewerkschaften, besonders mit Verdi. Wir wünschen Euch viel Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Mit solidarischen Grüßen

Matz Müllerschön

Üsoligenial (Überparteiliche Solidarität gegen Sozialabbau) Heidelberg Rhein Neckar e.V.

Ich werde Mitglied in SI:

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ €
(mindestens 1,50 €/Monat)

wird bezahlt per

Abbuchung
 jährlich anders: _____

Konto-Nummer / IBAN _____

Bankinstitut / BIC _____

Dauerauftrag ab dem _____
auf das Beitragskonto von SI

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76

BIC: FFVBDEFF, Frankfurter Volksbank

soll bar kassiert werden

Bitte in einem Briefumschlag senden an:

Solidarität International (SI) e.V.

Grabenstraße 89 · 47057 Duisburg

www.solidaritaet-international.de



Postleitzahl, Ort: _____

Telefonnummer: _____

Datenschutzhinweis:

Ihre personenbezogenen Daten werden von Solidarität International e.V. gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich an besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://solidaritaet-international.de>

Ich habe die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Ich stimme der Veröffentlichung von Fotos für die Vereinsarbeit in den von uns verwendeten Medien zu.

Datum, Unterschrift

MARIKANA



Liebe Freunde, hier ist der Beitrag der Deutsch-Südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft

Nach dem erfolgreichen Abschluss des 1. Solidaritätspakts mit unseren Partnern in Südafrika haben wir gemeinsam einen 2. Solidaritätspakt beschlossen. Ab jetzt kann gespendet werden, jede Spende kommt an!

2. Solidaritätspakt zwischen Marikana Südafrika und Marikana Deutschland

Kampf um Elektrizität und gegen den Hunger - im Kampf gegen die Regierung!

Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstbefreiung!

Die Einwohner von Smiling Valley kämpfen seit 25 Jahren um die Versorgung mit Elektrizität durch die Buffalo City Municipality.

Über unsere Partnerorganisation Marikana Südafrika unterstützen wir die Bemühungen des Stadtteilkomitees, mit der Anschaffung technischen Equipments die Stromversorgung selbst zu organisieren.

Außerdem besteht das wachsende Problem der Mangel- und Unterernährung. Etliche Kinder gehen mit leerem Magen zur Schule und hungrig ins Bett. Chronische Krankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck sind weit verbreitet, weil hochwertige, vitaminreiche Nahrung fehlt.

Marikana Südafrika startet deshalb ein Gartenbauprojekt. Es soll Gemüse angebaut und zu einem erschwinglichen Preis verkauft werden. Ein Ziel ist eine Suppenküche, die mindestens eine Mahlzeit pro Tag liefert, abhängig vom Ertrag des Gartens. Das Gartenprojekt soll im Rahmen einer Non-Profit-Organisation aufgebaut werden.

Die Arbeit beginnt auf Grundstücken von Marikana Mitgliedern und wird später erweitert. Es wurde bereits ein großes Stück Brachland gerodet.

Anzustreben ist die Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen (z. B. Schulen) sowie mit Fachleuten, die Schulungen über biologischen Ackerbau und Ernährung für die Gemeinde durchführen. Das dient sowohl der politischen Aufklärung als auch der organisatorischen Stärkung von Marikana.

Das Spendenziel von Marikana Deutschland für beide Projekte beträgt 6.000 € bis zum 31.12.2023.

Marikana Südafrika sammelt ebenfalls Spenden durch Herstellung und Verkauf von traditionellem Perlenkunstgewerbe und legt sich auf ein noch zu bezifferndes Spendenziel fest.

Marikana in Südafrika verpflichtet sich

- die Spenden sachgemäß und entsprechend der Vereinbarung zu verwenden und darüber alle 8 Wochen Rechenschaft abzulegen,
- aktuelle Berichte über die Verwirklichung des Solidaritätspakts zu schicken.
- Über den Kampf gegen Regierung und Stadtverwaltung zu berichten.

Marikana in Deutschland verpflichtet sich

- engagiert um die genannten Ziele zu kämpfen
- das Projekt bundesweit bekannt zu machen

Spenden an Deutsch-Südafrikanische Freundschaftsgesellschaft

IBAN:

DE85 2505 0180 0910 3854 75

Sparkasse Hannover
oder an

Solidarität International e.V.

IBAN:

DE86 5019 0000 6100 8005 84

Frankfurter Volksbank
Stichwort „Solidarität
Marikana“

PFINGSTJUGENDTREFFEN 2022



Nach drei Jahren Corona-Pause konnten wir uns wieder ohne Masken und Abstand treffen und kräftig feiern! Dass darüber alle Beteiligten sehr glücklich waren, zeigte sich an der entspannten Atmosphäre.

Das diesjährige Pfingstjugendtreffen stand ganz im Zeichen der drohenden Gefahr eines dritten Weltkrieges. Am Samstag fand die Auftaktdemo zum Pfingstjugendtreffen mit rund 1100 Menschen statt. Sie war nach der Demonstration des Internationalistischen Bündnisses vom 8. Mai ein weiteres Signal für den Aufbau einer neuen Friedensbewegung, die diesen Weltkrieg verhindern kann. Auf dem PJT selbst gab es Podiumsdiskussionen und Workshops dazu (Infos unter „pfungstjugendtreffen.de“), die unter dem Motto „Generation Krise? – Generation Rebellion! – Aktiv für den Weltfrieden“ standen. Im Sinn der internationalen Solidarität haben wir unsren Aufruf für den Hilfsfonds Ukraine weiter bekannt gemacht und zu Spenden aufgerufen.



HURRA! ENDLICH!

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen gestaltete SI eine ansprechende „Pavillon-Landschaft“ mit vielseitigen Informationen und leckerem Essen.

Für die Kinderrallye hatten wir ein Ausmalbild vorbereitet. Hier konnten das SI Symbol in den richtigen Farben und Reihenfolge ausgemalt werden. Beim Baumspiel mussten die Kinder die Früchte von Pflanzen anhand deren Blätter zuordnen. Beide Spiele waren ein Magnet für die Kids, sie waren mit Feuereifer dabei und fühlten sich sichtlich wohl an unserem Stand.

Unsere Entscheidung, kein großes Cafézelt zu organisieren, sondern „nur“ Kleinigkeiten wie Obst- und Gemüsespieße, Knabbersachen etc. anzubieten, erwies sich als goldrichtig. Dadurch wurden wir personell etwas entlastet und hatten mehr Zeit, Gespräche mit Interessierten zu führen.

Axel und Waltraut

Hallo,

ich bin Marie Sol Seynsche, geboren in Kolumbien und bin in Deutschland aufgewachsen. Ich bin Mitglied bei Solidarität International.

Wir ermöglichen, dass Stimmen derer gehört werden, die ansonsten überhört werden oder ihre Stimme nicht erheben können.

Als Gemeinschaft können wir sie unterstützen. Ein Hauptpunkt, der mich bewegt hat, ein Mitglied von SI zu sein ist, dass SI nicht die Arbeit für andere macht, sondern wir suchen eine nachhaltige Lösung mit den Betroffenen. SI ist international aufgestellt, die Mitglieder kommen aus aller Welt, das macht es zur internationalen Gemeinschaft.

Marie Sol, Tübingen



Marie-Sol

GROSSE POLITISCHE ERFOLGE UND EIN JURISTISCHER EIERTANZ

Normalerweise werden Gerichtsurteile am Ende einer Verhandlung oder allenfalls am Ende des Sitzungstages verkündet. Im Falle des Urteils zur Berufung von Alassa Mfouapon gegen das Land Baden-Württemberg zum rechtswidrigen Polizeieinsatz am 3. Mai 2018 brauchte der erste Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg über zwei Wochen, um sein Urteil zu formulieren. Kläger Alassa Mfouapon dazu: »Das Urteil beinhaltet äußerst bedeutsame Fortschritte in den demokratischen Rechten und Freiheiten für Flüchtlinge und schafft doch das Kunststück, meiner Berufung dennoch nicht Recht zu geben.« Alassa Mfouapon betont weiter, »dass der politische Protest und die anfangs teils skeptisch beurteilten juristischen Schritte gegen einen der größten Polizeieinsätze gegen Flüchtlinge in Deutschland einen zentralen Anteil an den erkämpften Fortschritten hatten. Es wurden in Verbindung mit der Auseinandersetzung auch große Fortschritte in der Selbstorganisation der Flüchtlinge und der mit ihr verbundenen Solidaritätsbewegung erreicht. Er charakterisiert im Einzelnen sieben bedeutsame politische Errungenschaften des Urteils:

1. Der VGH folgt klar der Ansicht, dass das Zimmer in einer LEA/Flüchtlingsunterkunft eine Wohnung ist.

2. Der VGH stellt fest, dass dementsprechend das vorherige, anderslautende Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart falsch ist.

3. Der VGH stellt fest, dass der Vortrag der Vertreter des Landes-Baden-Württemberg, es würde sich bei Flüchtlingsunterkünften nicht um Wohnungen handeln, gegen Gesetz und Verfassung verstößt. Allein das schon eine schallende Ohrfeige für den grünen Nimbus, Gralshüter der Menschenrechte und darauf ausgerichteteter »wertorientierter« Politik zu sein.

4. Der VGH stellt fest, dass die sogenannte Razzia nicht nur wegen der »Nachtzeit« rechtswidrig war (wie es bereits das VG Stuttgart festgestellt hatte), sondern auch wegen rechtswidrigen Eingriffs in Art. 13 Grundgesetz.

5. Der VGH stellt fest, dass es für Durchsuchungen einen Gerichtsbeschluss braucht, dessen Notwendigkeit von Landesregierung und Polizei stets bestritten wurde und der im Falle der LEA Ellwangen auch nicht vorlag.

6. Der VGH stellt fest, dass wesentliche Passagen der Hausordnung der LEA Ellwangen unwirksam sind, da sie gegen das Gesetz verstoßen - übrigens kein Einzelfall, sondern angeordnete häufige Praxis in Baden-Württemberg.

All diesen bemerkenswerten und politisch bedeutsamen Feststellungen zum Trotz folgt dann der Salto Mortale: die konkrete Klage von Alassa Mfouapon wird zurückgewiesen. Sein Zimmer sei nicht - wie es unrechtmäßig wäre - durchsucht, sondern nur - wie es rechtmäßig sei - betreten worden. Der Unterschied sei, dass er sich nicht gewehrt habe! Er habe sich mindestens Handschellen anlegen lassen müssen, um seinen Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Petra Sauter, Sprecherin des Freundeskreises Flüchtlingssolidarität in NRW dazu: »Hier ist das Urteil geradezu zynisch. Wer wehrt sich aktiv im Umfeld von schwer bewaffneten Polizeikräften mit Polizeihunden, die den ausdrücklichen Auftrag hatten, auch Gewalt anzuwenden? Und nebenbei: Alassa Mfouapon wurde in einem anderen Verfahren wegen Widerstands gegen Polizisten verurteilt und brutale Maßnahmen bei seiner Abschiebung damit gerechtfertigt.«

Im Klartext: Grundsätzlich ist die Klage vollkommen richtig und angebracht, haben Landesregierung und die Polizei schwer gegen Menschenrechte verstoßen - aber die Berufung von Alassa Mfouapon wird abgewiesen! Wo käme man auch hin, wenn ein einfacher Flücht-

ling gegen eine vom grünen Ministerpräsidenten Kretschmann geführte Landesregierung und einem vom schwarzen Innenminister Strobl geführten Polizeiapparat Recht bekäme? Ein Flüchtling, der im Internierungslager in Libyen und bei der dramatischen Flucht übers Mittelmeer dem Tod von der Schippe gesprungen ist, der trotz Shitstorms an rechter Hetze von BILD bis Alice Weidel und brutaler Abschiebung seine Würde und sein Rückgrat behalten, ja gestärkt hat? Doch offenbar ist dem Gericht selbst nicht ganz wohl bei diesem Urteil. So folgt - völlig ungewöhnlich - eine Entscheidung, die einen weiteren bedeutenden Erfolg dokumentiert:

7. Der VGH lässt wegen der Brisanz und Bedeutung der Sache Revision beim Bundesverwaltungsgericht zu. All das sehen Alassa Mfouapon und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter auch als Herausforderung, im konsequenten Kampf um Flüchtlingsrechte nicht nachzulassen. Fachkundige Auskunft über politische Relevanz des Urteils ebenso wie den juristischen Dschungel gibt Rechtsanwalt Meister, 0209-359 7670.

Wir als gemeinnütziger Verein haben Alassa schon seit längerer Zeit begleitet und solidarisch unterstützt. Der Kaffee und Kuchenverkauf auf Spendenbasis geht an den Freundeskreis Alassa. Ihr könnt aber auch Spenden

Unsere IBAN Nummer ist:
DE 40672917000024731006
Stichwort: »Alassa«

Mitglieder von Üsoligenial sind jeden Montag auf der Montagsdemo auf dem Bismarckplatz mit Anderen von 18.00 - 19.00 Uhr. Komm auch Du und oder werde Mitglied. Die MODE ist eine überparteiliche Plattform gegen das Armuts- und Erniedrigungsgesetz Hartz IV, Demokratieabbau, Umweltzerstörung und natürlich gegen den völkerrechtswidrigen Ukraine-Krieg, der nicht zu einem 3. Weltkrieg ausarten darf.
Sprecht uns an.

Meister & Partner

VERWALTUNGSGERICHT DÜSSELDORF

GIBT ANTIKOMMUNISTISCHER HETZE DES INLANDSGEHEIMDIENST „VERFASSUNGSSCHUTZ“ EINEN FREIFAHRTSCHEIN

Am 18.05.2022 fand vor der 20. Kammer des VG Düsseldorf ein denkwürdiger Prozess gegen das Land Nordrhein-Westfalen/Verfassungsschutz statt. Geklagt hatten MLPD (AZ: 20 K 4761/20) und die Kommunalen Wahlbündnisse AUF Gelsenkirchen, AUF Witten, NV Auf geht's Neukirchen-Vluyn und Berg-AUF Bergkamen (AZ: 20 K 4760/20) gegen Diffamierungen und Unterstellungen im Verfassungsschutzbericht 2019. Beide wurden durch unsere Kanzlei und die Anwälte Roland Meister und Peter Klusmann vertreten.

Die MLPD wurde dort bezichtigt, sie arbeite auf kommunaler Ebene „verdeckt“. Die überparteilichen Bündnisse seien nicht überparteilich, sondern „struktureller Unterbau“ der MLPD. Sie wurden im „Index“ des Berichts direkt nach Al-Qaida(!) als angeblicher „Verdachtsfall“ angeführt.

Nach 3,5-stündiger Verhandlung und langer Beratungspause erklärte das Gericht all dies für völlig rechtmäßig.

Und das, nachdem die Vertreterinnen und Vertreter der überparteilichen Wahlbündnisse sachkundig und konkret die überparteiliche Arbeit der Bündnisse deutlich gemacht

hatten. Die Vertreter des Inlandsgeheimdienstes konnten dagegen nicht eine einzige Aussage der Wahlbündnisse als Beleg für den angeblichen Verdacht einer „Verfassungsfeindlichkeit“ anführen.

Noch nicht einmal das ist jedoch nach Ansicht des Gerichts notwendig. In der Nähe der „Verfassungsfeindlichkeit“ ist man künftig nach der Logik von Geheimdienst und Gericht bereits dann, wenn man mit Mitgliedern der MLPD zusammenarbeitet und die MLPD nicht wenigstens in aller Öffentlichkeit attackiert. Ausdrücklich erklärte die Vorsitzende zur Begründung: „Vom Verhalten und Zielen der MLPD hätten sich die Kläger nicht distanziert.“ Die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht könne vermieden werden, wenn man sich der „MLPD-Mitglieder entledige“.

Damit würden die Bündnisse aber gerade jede Überparteilichkeit verlieren, machten ihre Vertreter deutlich. Überparteilichkeit bedeutet ja, dass Parteilose und Mitglieder verschiedener Parteien gleichberechtigt zusammenarbeiten, mit Ausnahme von Faschisten und religiösen Fanatikern. Stattdessen fordern Geheimdienst und Gericht eine pseudo-Überparteilichkeit unter Ausschluss von Kommu-

nisten. Statt der viel beschworenen mündigen Bürgern wird in Zeiten der Rechtsentwicklung antikommunistisches Duckmäsertum gefordert.

An die MLPD gerichtet führte das Gericht aus, dass ja unbestritten Mitglieder der MLPD in solchen Bündnissen arbeiten, weshalb man von „verdeckter“ Arbeit sprechen dürfe. Dabei wurde im Prozess sehr detailliert vorgetragen, dass die MLPD es eben nicht verdeckt, dass auch Mitglieder ihrer Partei in solchen Bündnissen arbeiten. So haben die heutige Parteivorsitzende Gabi Fechtner oder die Internationalismusverantwortliche Monika Gärtner-Engel bei ihren Kandidaturen für solche Bündnisse in der Öffentlichkeit ausdrücklich und mehrfach darauf hingewiesen, dass sie auch in der MLPD seien, was in der Presse erst recht breitgetreten wurde. „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert Rechtsanwalt Roland Meister. „Wenn die neue DGB-Vorsitzende aus der SPD kommt, ist das völlig normal. Wenn Kommunisten für überparteiliche Bündnisse kandidieren, soll es anrühlich sein und der öffentlichen Hetze unterliegen? Auch hier gilt, dass man den Anfängen wehren muss.“

Die nächste Instanz ist das Oberverwaltungsgericht für das Land NRW. ...

Roland Meister, Frank Stierlin, Frank Jasenski, Peter Weispenning, Yener Sözen, Peter Klusmann
Rechtsanwälte
Industriestraße 31, 45899 Gelsenkirchen, Telefon: 0209 / 35 97 67 0, Fax: 0209 / 35 97 67 9,
Email: RAeMeisterpp@t-online.de

Gastbeitrag von Annette Groth, Stuttgart aus einem Vortrag zu
Palästina am 24.11.2021 im Clara Zetkin Waldheim, Palästinakomitee

UNTERDRÜCKUNG PALÄSTINENSICHER ORGANISATIONEN BLEIBT

International bekannte palästinensische Menschenrechtsorganisationen werden von der israelischen Regierung als „Terrororganisationen“ bezeichnet. Damit entfällt ihre Finanzierung durch deutsche Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt, Misereor usw., denn nach Artikel 24a des israelischen „Terrorbekämpfungsgesetzes“ aus dem Jahr 2016 wird jede Person, die sich mit einer Terrororganisation solidarisiert – auch durch die Veröffentlichung von Lob, Unterstützung oder Ermunterung – mit drei Jahren Gefängnis bestraft. Als Grund für die Bezeichnung als Terrororganisationen, gab der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz an, dass diese Organisationen mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) zusammengearbeitet hätten. Es wurden keine Begründungen für die Entscheidung und keine Beweise vorgelegt. Die sechs Menschenrechtsorganisationen wurden von der israelischen Spionagesoftware Pegasus überwacht, da auf den Handys mehrerer Mitglieder Spuren des Pegasus-Trojaners gefunden wurden. Die Software ermöglicht Zugriffe auf die Kamera und das Mikrofon eines Handys und kann den Standort, die Kalendereinträge und das Adressbuch abfragen. „Da die Software direkt „im Handy“ und damit an der „Quelle“ sitzt, können auch Nachrichten, die über Messenger-Apps mit Ende-zu-Ende Verschlüsselung versendet werden, noch vor der Verschlüsselung im Klartext abgefangen und ausgelesen werden. Das ermöglicht ein „live“ mitlesen“ (siehe <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/spysoftwarepegasus-bka-einsatz/>...

Wer sind die international Menschenrechtsorganisationen ?

Addameer („Gewissen“ auf Arabisch)

ist die bedeutendste Organisation in Palästina, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Sie bietet Gefangenen rechtlichen Beistand und kämpft für die Beendigung von Administrativhaft, Folter, Inhaftierung von Minderjährigen, Isolationshaft und mehr. Sie wurde 1991 gegründet.

Al-Haq („das Recht“ auf Arabisch)

ist die bekannteste Organisation für Menschenrechte und die Umsetzung des Völkerrechts in Palästina. Al-Haq wurde 1979 gegründet.

Defense for Children Palestine (DCI)

ist ein Zweig der Organisation Defense for Children International, einer Organisation, die über die Behandlung, Verhaftungen, Tötungen und die medizinische Versorgung von Kindern unter israelischer Besatzung berichtet. Sie wurde 1979 gegründet.

Die Union of Agricultural Work Committees (UAWC)

ist eine Organisation von Agrarwissenschaftlern, die palästinensische Landwirte unterstützt, die in ihrer landwirtschaftlichen Arbeit durch Bewegungseinschränkungen, Beschränkungen bei der Verwendung von Düngemitteln und Vandalismus an landwirtschaftlichen Geräten und Ernten durch die Armee und Siedler behindert werden.

Die Union of Palestinian Women's Committees (UPWC)

koordiniert die Arbeit mehrerer Frauenkomitees im Westjordanland und im Gazastreifen. Sie wurde 1980 gegründet.

Das Bisan Research & Development Center

ist eine feministische Forschungs-NRO, die sich für eine Kultur der Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Würde einsetzt. Sie wurde 1989 gegründet. ...

Human Rights Watch und Amnesty International

erklärten, es handele sich dabei um einen „entsetzlichen Angriff der israelischen Regierung auf die internationale Menschenrechtsbewegung. Seit Jahrzehnten versuchen die israelischen Behörden systematisch, Menschenrechtsbeobachter mundtot zu machen und diejenigen zu bestrafen, die die repressive Herrschaft Israels über die Palästinenser kritisieren.“. <https://www.heise.de/tp/features/Israel-Frontalangriff-aufMenschenrechtsorganisationen-6227182.html>

Am 16.11.2021 betonten mehr als 100 globale Stiftungen und Geldgeber, in einem offenen Brief ihre Solidarität mit den Menschenrechtsorganisationen: „Als globale Geldgeber für Menschenrechte und Demokratie wird dieser Versuch, unsere Finanzierung und Solidarität 'abzuwürgen', nicht funktionieren. Wir stehen an der Seite der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Menschenrechtsverteidiger“. <https://mondo-weiss.net/author/open-letter/>

Greuelthaten der israelischen Siedler und Sicherheitskräfte

Dabei haben sich die Angriffe der Siedler auf palästinensische Dörfer und Ländereien im besetzten Westjordanland in der ersten Jahreshälfte 2021 verglichen mit den beiden Vorjahren verdoppelt. Auch die Zahl der illegalen Siedlungen wächst ständig. 2021 ist palästinensisches Land in der Größe von 200 qkm von Siedlern geraubt worden, das ist so groß wie Zürich, Lausanne, Genf und Luxemburg. Seit Juli 2021 bis November wurden mehr als 60 palästinensische Zivilisten bei Demonstrationen in der Westbank getötet - die aktuellen Daten bis heute gar nicht einberechnet.

Gewalt in AL Aksa Moschee

Die Gewaltspirale dreht sich seit Mai 2021 immer schneller, als die israelische Militärpolizei das von Vertreibung bedrohte Ost-Jerusalem Viertel Sheikh Jarrah stürmte und gewaltsam in die Al Aksa Moschee, die drittheiligste Stätte des Islam, eindrang und dort Tränengas versprühte sowie Betende verprügelte. Solange die internationale Gemeinschaft und insbesondere die USA sowie Deutschland und die EU ihren Protest gegen die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen in Palästina nur verbal äußern, wird sich die Lage nicht verbessern.

GAZA

Während sich das Coronavirus im Gazastreifen weiter ausbreitet, verhängen die israelischen Behörden immer striktere Restriktionen im Rahmen ihrer illegalen und unmenschlichen 14 Jahre andauernden Abriegelung des Gazastreifens... . Darüber hinaus führten die verschärften Abriegelungsmaßnahmen zu einer katastrophalen Verschlechterung der humanitären Bedingungen, erschöpfte das Gesundheitssystem und schwächte die wirtschaftlichen Strukturen des Gazastreifens. All diese Faktoren wirkten sich negativ auf die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen für mindestens zwei Millionen Palästinenser aus, die im Gazastreifen unter schlechten Lebensbedingungen leben, der als das am stärksten überbevölkerteste Gebiet der Welt gilt. Nur die Aufhebung der illegalen Blockade kann das Elend der Bevölkerung Gazas beenden.

(Der Gastbeitrag musste stark gekürzt werden - bei Interesse kann er angefordert werden).

Palästinakomitee Stuttgart:

STADT STUTTGART DARF NICHT MEHR DISKRIMINIEREN!

Für die Überwindung Siedlerkolonialismus und Apartheid, für das Sichtbarmachen der palästinensischen Geschichte steht der Nakba-Tag, mit dem die Palästinenser:innen an die ethnische Säuberung im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels erinnern. Wir begehen diesen Tag am 14. Mai auf dem Stuttgarter Schlossplatz zusammen mit unseren jüdischen Freund:innen, mit denen wir eine Bewegung bilden. Professor em. Fanny Reisin ist unsere Schirmfrau. Es gibt palästinensischen Tanz,

Musik, Bilder von Palästina aus der Zeit vor 1948, Redebeiträge und die Nakba-Ausstellung der Flüchtlingskinder im Libanon.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des April-Infobl@tts des Palästina-Komitee Stuttgart sind zwei wichtige Erfolge vor Gerichten: Das Landgericht Stuttgart hat im Eilverfahren entschieden, dass die Kontokündigung der BW-Bank wegen der BDS-Unterstützung unwirksam ist, kurz zuvor hatten wir schon gegen die Löschung von der Website der

Stadt Stuttgart vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart gewonnen. In beiden Fällen war der Druck rechtsextremer Kräfte wie der AFD (in Landtags- und Gemeinderatsanfragen) sowie des weit rechtsstehenden Journalisten Benjamin Weinthal auf die Institutionen, die unsere Rechte verweigerten, unübersehbar. Wir sind erschrocken, dass die betroffenen Institutionen sich davon zu einem offensichtlich nicht rechtmäßigen Schritt haben verleiten lassen. Die Urteile stärken die Zivilgesellschaft.

BÜRO:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791
buero@solidaritaet-international.de
Bürozeit: Mittwoch 13.00 – 17.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:

Ute Kellert, Kantstr. 63
47166 Duisburg, Tel. 0160-2000 811
E-Mail: ute.kellert@posteo.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22
D-73433 Aalen, Tel. 073 61/72 52 2
E-Mail: renate.radmacher@online.de

Armin Kolb, Honiggasse 11
D-73525 Schwäbisch Gmünd, Tel 07171-65110
E-Mail: AuM_Kolb@web.de

BUNDESWEITE UND ÖRTLICHE KONTAKTADRESSEN:

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen,
Tel.: 07324/8493, E-Mail: filzgewerk@gmx.de

Aschaffenburg: Alexander Schmidt,
Hohenzollernring 2b, D-63739 Aschaffenburg,
Tel.: 06021/200 734, E-Mail: alex40schmidt@aol.de

Berlin: Martina Wikowski, Rolf-Andreas Trendelenburg
Finchleyst. 2, 12305 Berlin,
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer,
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,
E-Mail: c-boettigheimer@t-online.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,
Geysstraße 14, 38106 Braunschweig,
Tel.: 0531/38933771, E-Mail: batraccio_pe@yahoo.com

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/1364442

Dortmund: Anne Goemann,
Am Heedbrink 76 , 44263 Dortmund,
Tel.: 0151 42320618, E-Mail: annegoe@aol.com

Düsseldorf: Irmela Specht,
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,
Tel.: 0211/151695

E-Mail: Irmela@specht-online.com

Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,
Flurstraße 31, 47057 Duisburg,
E-Mail: solidaritaet-international-Duisburg@web.de
Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr

Erlangen: Winfried Fleischmann,
91052 Erlangen, Tel.: 09131/16559
E-Mail: winfredo2000@gmx.de

Esslingen: Werner Jauernig,
Turmstraße 2, 73728 Esslingen, Tel.: 0711-350293
E-Mail: d.jauernig@t-online.de

Franken: Larry Zweig,
Theaterstraße 36, 90762 Fürth
E-Mail: larryzweig@yahoo.com

Frankfurt/Main: Martin Semle,
Starkenburger Straße 11, 60386 Frankfurt, Tel.: 0171/4153281
E-Mail: m.semle@t-online.de

KONTEN:

Alle Konten bei:

Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:

(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)

IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFBVDEFF

Beitragskonto:

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFBVDEFF



Gelsenkirchen: Marlies Schumann,
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/202451,
E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Gera: Petra Ilius, E-Mail: petra.ilius@t-online.de

Hamburg: Michael Brüning,
Königsreihe 49, 22041 Hamburg, Tel.: 040/3800936
E-Mail: SI-HH@cademica.net

Hannover: Anke Nierstenhöfer,
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel.: 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,
Tel.: 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel.: 0152 272 818 73

Meinerzhagen: Albert Schmit,
Heidewinkel 6, 58540 Meinerzhagen, Tel.: 02358/790072

München: Gabi Heise,
Kesselbergstrasse 16, 81539 München,
E-Mail: heigabi@gmx.de

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprk,
Lohhecke 3, 46047 Oberhausen, Tel.: 0208/646928

E-Mail: IKasprk@t-online.de

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,
Eichengrund 16, 65428 Rüsselsheim, Tel.: 06142/2205829
E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saarland: Helmuth Bohn – Klein,
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen
helmuth.bohn-klein@t-online.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,
Tel.: 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Holger Steck,
Teurerweg29/1, 74523 Schwäbisch Hall, E-Mail: holger-steck@gmx.de

Stuttgart: Dorothea Hofmann,
Beutelsbacher Str.10, 70327 Stuttgart, Tel.: 0711/50475017

E-Mail: dorotheahofmann@gmx.de

Tübingen: Ferit Atan,
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Varel: André Jäger,
Oldenburger Straße 8, 26316 Varel
Tel.: 04451/8059215, Handy: 0176-830-18817

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721/2068930

Regionaladressen Freundeskreis Flüchtlingsolidarität:

Süd (Baden-Württemberg, Bayern): si-freundeskreis-sued@gmx.de

Mitte: Nordrhein-Westfalen: freundeskreisfluechtlingsolidaritaet@gmx.de

Nord: trawally638@gmail.com (möglichst in englisch kommunizieren!)

Ost: si-freundeskreis-ost@posteo.de

IMPRESSUM:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von
Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Uhlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409,

E-Mail: kassu@t-online.de

Zuschriften - bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format - an:

waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1.200 Stück

Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH,
Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.